



## Anfrage

<b>Vorlage-Nr.:</b>	AF/0067/2017		<b>Datum:</b>	20.06.2017			
<b>Verfasser:</b>	08-AfD-Ratsfraktion	<b>Az:</b>					
<b>Gremienweg:</b>							
29.06.2017	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
TOP                      öffentlich		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen		
<b>Betreff:</b>							
<b>Anfrage der AfD- Stadtratsfraktion: Schutz von AfD- Infoständen</b>							

Am 17.06.17 war die AfD in Koblenz vor der Herz-Jesu-Kirche (Löhrondell 1) mit einem Infostand präsent, um den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Koblenz ihre Arbeit vorzustellen. Anwesend waren unter anderen der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion Joachim Paul, sowie der Vorsitzender der Koblenzer AfD-Stadtratsfraktion Rolf Pontius. Ca. 40 Personen aus dem linken und linksextremen Lager versuchten dieses Vorhaben durch Störaktionen zu unterbinden. Anwesend waren unter anderem Angehörige der Jusos und der Antifa. Von Seiten der Demonstranten wurden Bürger, die den Infostand besuchten als „Nazis“ und „Rassisten“ beleidigt. Darüber hinaus erschwerte die laute Beschallung seitens der Kundgebungsteilnehmer die Kommunikation

Ich frage die Stadt:

1. Wie gedenkt die Stadt Koblenz in Zukunft Infostände der AfD zu sichern, sodass Mandatsträger, Parteiangehörige und Bürger ungestört und ohne Gefahr für ihre Sicherheit miteinander in Kontakt treten können?
2. Wurden seitens der Polizei oder des Ordnungsamtes in bestimmten Fällen Personalien von Kundgebungsteilnehmer ermittelt?
3. Hat die Stadt Kenntnis von der Teilnahme polizeibekannter Linksextremisten an der Gegendemonstration?
4. Gibt es seitens der Polizei Hinweise auf mögliche Straftaten, die gegen zukünftige AfD-Infostände in Koblenz geplant sind?
5. Wenn ja, welche?
6. Wie hoch wird die aktuelle Gefahr eingeschätzt, dass die körperliche Unversehrtheit von Koblenzer Bürgern, die AfD-Infostände besuchen, durch Linksextreme gefährdet ist?

7. Sieht die Stadt Möglichkeiten, solche Störungen in Zukunft zu verhindern oder zu minimieren?
8. Werden Mitarbeiter des Ordnungsamtes, die für den Schutz von Infoständen zuständig sind, speziell geschult bzw. ist eine solche spezielle Schulung geplant?
9. Wird in kommunalpolitischen Schulungen darauf eingegangen, dass Mandatsträger das Recht haben, sich ungestört an die Bürger zu wenden?

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Pontius

AfD –Fraktionsvorsitzender Koblenz